

Betreff:

Weiterer Informationsbedarf zu geplanten Maßnahmen von #wohin (Linke)

Antragstext:

Antrag der DIE LINKE-Fraktion:

1. Stadtrat Manjura wird gebeten zu berichten, ob und in welchem Rahmen die Gespräche mit den drei Innenstadtortsbeiräten stattgefunden haben, von denen er in seinem Schreiben über den aktuellen Stand des Projekts #wohin vom 19. Oktober berichtet.
2. Ferner soll er „die konkreten Ideen und Toleranzgrenzen“ genauer erläutern, die er im gleichen Schreiben angesprochen hat.
3. Stadtrat Manjura führt im gleichen Schreiben aus, dass „ohne den Einsatz von Straßensozialarbeit in größerem Umfang als bisher wird eine Veränderung der aktuellen Situation nicht möglich sein wird“ - eine Forderung, die unsere Fraktion und der OBR schon lange vergeblich bei der Stadt angemahnt hat. Diese soll offenbar vom Caritasverband erbracht werden. Darüber hinaus spricht Manjura von einem „budgetneutralen Einsatz von Straßensozialarbeiterinnen und -arbeitern im Sozialleistungs- und Jobcenter“. Was genau ist darunter zu verstehen? Sollen Stunden in anderen Arbeitsfeldern eingespart werden? Falls ja, bitte eine Erläuterung, wo und in welchem Umfang das geschehen soll.
4. Der Magistrat wird gebeten, einen konkreten zeitlichen Horizont für die Errichtung öffentlicher Toiletten im Westend und in der Innenstadt zu nennen, wie sie Amtsleiterin Ariane Patzelt in ihrem Schreiben vom 19.11.2021 in Aussicht gestellt hat.

Begründung:

Es ist begrüßenswert, dass sich in der Stadtverwaltung offenbar ein Strategiewechsel im Umgang mit „problematischen“ Personengruppen durchgesetzt hat, wie er sich im Projekt #wohin niederschlägt. Das Antwortschreiben von Stadtrat Manjura auf den OBR-Antrag zur genaueren Erläuterung der geplanten Maßnahmen und das Schreiben von Amtsleiterin Ariane Patzelt konnte viele unserer Fragen beantworten. Gleichwohl bleiben sie an manchen Stellen etwas schwammig. Die jüngsten Ereignisse mit den Bänken an der Goeben-/Scharnhorststraße zeigen, wie groß der Bedarf ist, hier zu einer einvernehmlichen Lösung zwischen den betroffenen Bevölkerungsgruppen zu kommen. Der geplante Ausbau des Betreuungsangebots darf jedoch nicht zu einer Benachteiligung anderer Personengruppen wie Kinder oder Jugendliche führen. Auch weil der OBR Westend sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigt, möchten wir frühzeitig über geplante Maßnahmen informiert werden bzw. mitentscheiden. Deswegen bitten wir um Beantwortung der oben stehenden Fragen.

Wiesbaden, 23.11.2021